

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungsabnahme auch in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (im Hause monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark) (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden - II, Brühlstraße 17 (ohne Zustellungsgebühr) / Fernsprecher: 17259 / Druckverleger: Dresden Nr. 15691
Vertriebsstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Zusatzpreis: Die neunmal geplatzte Monatsbeilage über deren Raum 0,50 RM, für Familienanzwiesung 0,20 RM, für die Restbeilage anschließend an den dreifachen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Einzelgenussnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden - II, Brühlstraße 17 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Abnahme besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Freitag den 1. November 1929

Nummer 255

Gebering unterstützt den Vorstoß der Reaktion gegen den 9. November

Blühers Organ befiehlt Wedel Hinauswurf der KPD-Abgeordneten aus dem Landtag / Berliner Zimmererbüro polizeilich befehlt auf Anweisung der Reformisten / Panik an der Newyorker Börse / Schweres Dampferunglück in Amerika, 30 Tote!

Eine offiziöse Erklärung:

Er war niemals für 9. November!

Dresden, den 1. November

Die Nachrichtenstelle der tschechischen Regierung teilt mit:

In einem Teil der Presse wird es so dargestellt, als ob der Reichsminister des Innern, Gebering, der für eine Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig zum 9. November die Antragsprüfung übernommen hat, die Nichterfüllung einer Forderung gegen Seidler zu untersuchen und „gegen die tschechische Regierung weitzeln“ zu wollen. Diese Auffassung ist jedoch nicht zutreffend. Es versteht sich, daß Reichsminister Gebering als Sozialdemokrat (prezident) wird, aber es ist falsch, anzunehmen, daß er einen Forderung gegen die tschechische Regierung wegen des „9. November-Krausens“ zu führen beabsichtigt. Wie man bekannt ist, hat Herr Minister Gebering die Erlaubnis zu der vorläufigen Verhandlung bereits zu einer Zeit gegeben, als er von der Vorlage der tschechischen Regierung noch keine Kenntnis erhielt. Ferner wollen wir darauf hinweisen, daß Reichsminister Gebering stets die Klärung der Angelegenheit vertreten hat, daß ein allgemeines deutsches Verfallungsamt am 11. August geschaffen werden soll. Dieser Klärung gemäß hat Reichsminister Gebering auch während einer Reichsversammlung in Berlin als preußischer Innenminister noch niemals darauf gedrungen, den 9. November zu veranlassen.

Diese Erklärung der Nachrichtenstelle, die offensichtlich durch Gebering selbst inspiriert worden ist, heißt eine wirkungsvolle Unterstützung der Reaktionskräfte gegen den 9. November und nach dem Wertlaut auch gegen den 1. Mai bei Gebering in der Situation, in der mit offenem Schwertschlag die Verabschiedung ihrer letzten Maßnahmen zur Durchführung der Regierungsvorlage trifft, kommt der tschechische „Meine Mitarbeiter“, dieser von der Sozialdemokratie in den Himmel gehobene Renegat des proletarischen Klassenkampfes, um auch zu seinem Teil am Reaktionsvorstoß beizutragen. Die Herren Hänger und Killinger bekommen also die auf anderen Seiten längst schon bestehende offene Unterstützung durch die prominenten Vertreter des Sozialfaschismus. Einmaligen Vertretern der Sozialdemokratie als Partei bei einem Reaktionsvorstoß kaum beizutragen, als durch dieses hinterhältige Mittel des tschechischen Reichsministers der Sozialdemokratie auf die aufstrebende Bewegung der tschechischen Arbeiterklasse gegen den Reaktionsvorstoß der Hänger-Killinger-Regierung. Sehr interessant wird sich durch diese offiziöse Erklärung die Haltung der Sozialdemokratie im tschechischen Landtag gestalten. Wir wissen nicht, was Herr Gebering vor dem tschechischen Reichstag halten wird und hinter welcher Laune Wutrede er sich verfangt, um das vorher angeführte Schicksal Langsam aber sicher abzumildern. Gewiß wird Herr Gebering die theoretische Seite zur Schwächung dieses Willens der tschechischen Arbeiterklasse schon anrühren. Auf jeden Fall hat der tschechische Reichspräsident, der Sozialdemokrat Wedel, bei seiner Haltung gegen die obstruierende Opposition durch die Erklärung eine neue Stärkung seiner Position erfahren. Gebering steht ihm den Rücken für die Durchführung einer Verabschiedungsvorlage gegen die tschechische Oppositionellen im tschechischen Landtag, die Kommunisten, die ihn in der letzten Landtagssitzung bereits zum Abtreten und zur Aufhebung der Tagung gezwungen haben. Gibt der Reichsminister Gebering den politischen Rückenhalt, so erhält Herr Wedel die technischen Anweisungen durch das Organ seines Chefs, des ungetriebenen Königs von Sachsen, des Dresdener Oberbürgermeisters Herr Seidler. Der Dresdener Anzeiger lobt in einem Artikel „Werkstattliches vom Landtag“ Herrn Wedel auf, daß die „Erfahrung“ seiner alten Vorgänger, des Sozialdemokratischen Ministers und des — verabschiedeten Sozialdemokratischen Schwarz zu eigen zu machen, falls noch einmal eine solche erfolgreiche Obstruktion, wie bei der letzten Landtagssitzung durchgeführt wird. Was der Dresdener Anzeiger als bei Weitem letzter Schluß dem Landtagspräsidenten empfiehlt, ist die Anwendung des § 50 Absatz 3 der Geschäftsordnung. Dieser lautet:

„Wegen größter Beteiligung der Ordnung, wenn auch Belästigungen des Präsidenten, des Landtages, von Abgeordneten oder Regierungsvertretern eintreten, kann der Präsident einen Abgeordneten von der Sitzung ausschließen. Er läßt in diesem Falle der Abgeordnete trotz Aufforderung des Präsidenten nicht sofort den Sitzungssaal, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben. Der Abgeordnete zieht sich darauf von selbst den Ausschluss für fünf weitere Sitzungen, längstens für die Dauer von 21 Tagen, zu.“

Also, Hinauswurf der Opposition, Sicherung der ungehinderten Durchführung des Reaktionsvorstoßes auf parlamentarischer Grundlage, und das alles mit Hilfe der ideologischen Unterstützung des Sozialdemokratischen Gebering und durch die organisierte Handlungsmaschine des Sozialdemokratischen Wedel. So glaubt sich der Bürgerklub von Hänger bis Killinger am besten geschützt zu haben gegen die von den Kommunisten organisierte Massenmobilisierung gegen seinen Vorstoß. Sprit

schon wird bei der Geschäftsordnungsdebatte über die Festlegung der nächsten Tagesordnung die Frage der Weiterführung der Obstruktion gestellt, während gleichzeitig die ersten Arbeitervorparlamenten im tschechischen Landtag eintrifft. Der Verlauf der heutigen Sitzung wird einen guten Wendepunkt und einen politisch wertvollen Aufwärtsschritt über die Grenzen und den wahren Sinn bürgerlicher Demokratie für die tschechischen Arbeiter geben. Über schon der blühende Verlauf des Kampfes am 9. November, der doch nur ein Vorzeichen für den kommenden Kampf um den 1. Mai ist, zeigt eindeutig und klar, daß der Kampf gegen die Reaktionskräfte in dieser Zeit, der Entwicklung einigt werden kann und geführt wird. Was von dem sozialdemokratischen Kampf um den 9. November übrig bleiben wird, wissen wir noch nicht, nicht jedoch als parlamentarische Verhandlung und ein Forderung in den tschechischen Reichstag. Wie die Sozialdemokratie die demotivierten Arbeiter veranlassen hat, so vertritt sie auch den tschechischen Reichstag. Denn nur ein tschechischer Reichstag an der proletarischen Revolution, nicht ein Reichstag der tschechischen Revolution, ist dieser 9. November. Wenn die Kommunisten ihre Stimme für die Verabschiedung des 9. November erheben haben, dann nur, weil es sich um einen Vorstoß der Reaktion zur Verabschiedung der letzten Seite der Erlaubnis zu einer Zeit handelt, an der die Macht der Bourgeoisie in ihren Grundfesten erschüttert war, eine Zeit, in der die Bourgeoisie von der Revolution durch die demotivierten Arbeiter nur geteilt werden konnte durch den tschechischen Reichstag der Sozialdemokratie.

Der Reiztag der proletarischen Revolution ist und bleibt der 7. November, der Jahrestag der legendären Kuffen des Arbeiterklasse in Kuffen, der Jahrestag der Geburt der ersten proletarischen Diktatur über die Mächte und Verbündeten der Reaktion, der Tag der Schöpfung des ersten Arbeitervorparlamentes der Welt. Die Kommunistische Partei wird den 7. November in diesem Jahre als einen Kampftag gegen den Reaktionsvorstoß zum 9. November und zum 1. Mai begehen und ihn im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen zu einem Tag der Abrechnung mit dem Wad der Reaktion von Hänger-Killinger bis zu Gebering-Wedel gestalten. B.O.

Offiziere befehlen das polnische Parlament

Arbeiter verlassen die Betriebe!

Warschau, 31. Oktober. (Anpreffort-Berichtung)

Die politische Krise in Polen hat durch den militärisch-polizeilichen Einsatz der Polizei heute ihren Höhepunkt erreicht. Kurz vor der für heute 16 Uhr angesetzten Eröffnung des Sejm (Polnische Abgeordnetensammlung) von etwa 150 Offizieren in der Halle des Parlamentsgebäudes und sich alle Eingänge und Türen militärisch besetzen.

Nach Mitternachtsmeldungen haben die Vorgänge im Parlament in Warschau die größte Erregung hervorgerufen. Die Arbeiterklasse hat die Betriebe verlassen und sich zu Tausenden auf den Straßen versammelt, um vor das Parlament zu gehen. Die Kundgebungen wurden von berittener Polizei gezwungen.

Neue Heimwehrprovokationen

Wien, 31. Oktober. (Anpreffort-Berichtung)

In Stoderau bei Wien kam es zu einem schweren Konflikt zwischen der Arbeiterklasse und den Heimwehren. Die Besetzung eines Betriebes hatte drei neuangelegte Heimwehrlisten mit Gewalt aus dem Betrieb herausgeholt. Daraufhin mobilisierten die Heimwehren alle Ortsgruppen Niederösterreichs. Innerhalb kurzer Zeit rückten die Heimwehren an und besetzten die Stadt und die Eingänge des Betriebes. Der Schubbus hat die Mobilisierung seiner Leute abgelehnt. Die Sozialdemokraten warnen die Arbeiter vor der Kierlegung der Arbeit. Die Arbeitermassen sammeln sich zu spontanen Kundgebungen.

Die Situation ist äußerst ernst. Die Garnison liegt in Alarmbereitschaft. Aus ganz Österreich werden die Heimwehren in Stoderau konzentriert.



Unter Bild zeigt die Wehre einer Heimwehrlisten-Gruppe, angeführt von der Frau des Kriegsministers, gelegnet durch Platten.

Ein Schiffszusammenstoß auf dem Michigansee

In London. Auf dem Michigansee (USA) ist es am Donnerstag zu einem neuen schweren Schiffszusammenstoß gekommen, dem dritten innerhalb einer Woche. Der Dampfer „Marquette“ stieß mit dem Dampfer „Senator“ zusammen, wobei der letztere in ganz kurzer Zeit sank. Man befürchtet, daß 30 Personen ihr Leben verloren haben.

Neue Erhöhung der Britenpreise

Die Reaktionsregierung erhebt keinen Einspruch

Am 30. Oktober fand eine gemeinsame Sitzung des Reichstages und des Reichsrates statt, in der auf Antrag des Rheinischen Braunkohlenkomitees beschlossen wurde, die Britenpreise um 1 RM die Tonne zu erhöhen. Der Vertreter der Reichsregierung erhob keinen Einspruch, so daß die Preiserhöhung sofort durchgeführt wird.

Wieder ermöglicht die Müller-Regierung die Vertauung eines wichtigen Bedarfsartikels. Durch die neue Vertauung der Braunkohle wird selbstverständlich die bereits im Gange befindliche allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten beibehalten, die Kaufkraft des Arbeiters wird dadurch immer mehr erniedrigt.

Sozialdemokratische Minister erheben die Freie und die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie jetzt alles ein, damit die Arbeiterklasse keine Lohnerrückung erringen kann. Die sozialfaschistischen Herrscher des Kapitals arbeiten jetzt mit dem organisierten Streikbruch, um Lohnerrückungen zu verhindern.

Aber trotz alledem muß die Arbeiterklasse, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, den Kampf um höhere Löhne organisieren und aufnehmen. Den Sozialfaschisten kann bei den Kommunalwahlen am 17. November die Vertauung der Arbeiterklasse ausgeliefert werden.

Sturmzeichen in Neuyork

Milliardenverluste an der Börse — Hunderttausende kleiner Existenzen vernichtet — Vorboten der Wirtschaftskrise der USA — Verheerender Kampf um den Weltmarkt

Die Neuyorker Börse, die bereits am Donnerstag voriger Woche einen sogenannten schwarzen Tag erlebte, hatte gestern wiederum einen Tag heillosen Kurstürzes zu verzeichnen. Die Kurse gehen in die Milliarden, da durch panische Massenverkäufe von Aktien und durch die Weigerung der Banken, zur Intervention zwecks Stabilisierung der Kurse zu schreiten, der Wert der Papiere rapid sank. Offenbar ist der erste Stützungsversuch durch Banklokationen nach dem schwarzen Donnerstag des vorigen Woche ungenügend gewesen. Der Vorleser, der Hunderttausende Kleinbürgerlicher Existenzen und die kleinen Spekulanten des Mittelstandes ruiniert hat, ist zweifellos von den Großbanken vorausgesehen und ihrerseits in einer großzügigen Spekulation ausgenutzt worden.

In Verlaufe dieser Vorgänge an der Neuyorker Börse ist auch die Berliner Börse hart in Mitleidenschaft gezogen worden. Es traten Kurstürze bis zu 10 Prozent ein, und die Kurse deutscher Werte sanken unter die Kurse in Amerika.

Wenn nicht alle Ansichten trügen, geht die jahrelange, seit dem Krieg bestehende, kaum jemals ernstlich unterbrochene Wohlstandslage der amerikanischen Wirtschaft ihrem Ende entgegen. Der Umfang des Warenverkehrs zeigt die ernste Veränderung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten nicht an. Es sind die Waren, wie sie sich auf dem Weltmarkt und beim Abzug der Eisenindustrie in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hatten, bleiben das Ende dieser Wohlstandslage anzuzeigen. Nach der gemäßigten entwickelten amerikanischen Kapitalismus sind auf die Abhängigkeit auf dem Weltmarkt und damit die Bourgeoisie der USA zu verschärftem Ausblick auf die Erhaltung der Arbeiterklasse. Der Prozess der inneren Ausdehnung der amerikanischen Produktion, der reichen Verflechtungen in den wichtigsten Industrien wurde durch den Heberflut auf dem amerikanischen Welt- und Kapitalmarkt immer mehr beschleunigt. Die steigende Kurve der amerikanischen Banken lösten das Kreditkollaps der gesamten Welt an die Neuyorker Börse. Dies auf einmal steht, unter dem Druck der veränderten wirtschaftlichen Lage, eine katastrophale Vernichtung ein.

Es ist klar, daß sich diese Vorgänge auch für die europäischen Länder auswirken werden, insbesondere für Deutschland, wo die Verbindung wichtiger Industrien mit amerikanischem Kapital gerade in der letzten Zeit hart zugenommen hat. Die benennenden Abfälle der amerikanischen Kapitalisten bringen die amerikanische Wirtschaft in die Krise, die neue Kapitalstruktur ist bisher zur Niederbringung der außerordentlich riesigen Konkurrenz zu verwenden.

Der Plan, die politische Plattform für die amerikanische ökonomische Tätigkeit in Europa, wurde vom deutschen Finanzkapital mit der Hoffnung begrüßt, man könne dadurch, daß man sich der amerikanischen Kontrolle unterstellt und gemeinsam die Ausbeutung des deutschen Proletariats vornimmt, der Bedrohung der amerikanischen Kapitalisten nach Deutschland teilhaftig werden. Die neu auftretenden ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten für das amerikanische Kapital werden so der Anlaß zu einer verheerenden Durchführung der im Hauptplan niedergelegten Kapitalsozialistische gegen das deutsche Proletariat im Verlaufe der Durchführung des Hauptplanes werden.

Sozialfaschistischer Gewaltstreik gegen Berliner Zimmerer

Das Gewerkschaftsbüro polizeilich befehlt

Berlin, den 31. Oktober.

Die sozialfaschistischen Gewerkschaftspallex haben heute einen neuen Schreckenstreik verübt.

Heute erschien ein Beauftragter des Hauptvorstandes des Zimmererverbandes mit zwei Schutzpolizisten und einem Kriminalbeamten auf dem Büro des Berliner Zahlstellenverbandes, erklärte den Zahlstellenvorstand als abgelehnt und schloß das Büro, das nun unter polizeilicher Bewachung steht. Der Zahlstellenverband wurde unter brutaler Weise aus dem Büro herausgeworfen.

Schon vor einigen Tagen hatte die sozialfaschistische Bürokratie der Arbeiterbank dem Zahlstellenverband die vom ihm deponierten Gelder gesperrt. Die Direktion der Arbeiterbank hat also die politische Aktion gegen die Berliner Zimmerer sofort erköhnt und die von ihnen deponierten Gelder einfach gesperrt. Doch ist der größte Teil der Zahlstellengelder in anderen Banken hinterlegt.

Als Vorwand für die Polizeiaktion nimmt die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie die Bewilligung von 25.000 Mark durch die Berliner Zimmerer für die Unterstützung der Kohlleger.

Die Berliner Zimmerer werden den unerhörten sozialfaschistischen Streik gebührend beantworten.

Die Reformisten entlarven sich von Tag zu Tag mehr als Helfershelfer der Truidbourgeoisie und beweisen durch ihre Praxis, daß sie nach dem Vorbild Mussolinis entschieden sind, die Kampforganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften zu zerlegen. Wie die Vermittlung von Streifbrechern, die

Stürmische Gegenüberhebung bei Böh' Ankunft

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Als gestern 21.20 Uhr der immer noch Oberbürgermeister Böh im Sonderzug Bremen in Berlin ankam, wurde er am Bahnhof durch Hunderte von Arbeitern mit Plakaten empfangen. Raum war er mit seiner Frau und seinem Begleiter ausgefüllt, als hürmische Rufe erschollen: „Schieber! Betrüger! Sklareffreund!“

Plötzlich erschien die Schupo auf dem Bahnhofsplatz und räumte ihn mit größter Hastigkeit. Das mußte aber nichts, denn vor dem Bahnhof fanden sich noch viel größere Mengen, die in nicht endenwollende Plakate ausbrachen, als Böh erschien. Er und seine Begleitung verdrückten sich schnell in ein Auto. Nach wochenlangem Aufenthalt, erließen die Plakaten: „Abrechnung mit dem Schiebermagistrat und dem Schieberbürgermeister am 17. November!“

Meberfälle auf Streifspoliten der kämpfenden Kohlleger, ist dieser Heberfall auf die Büros der Berliner Zimmerer ein sozialfaschistischer Schandstreik, der einem Massenaktum der Belegschaften bedrohung sein muß. Die Arbeiter in den Betrieben müssen mit der Organisation gegen die Zerstückelung der Gewerkschaften ankämpfen und den sozialfaschistischen Vorfällen der Kapitalisten das Handwerk legen.

Der Zweck der Hebung ist ganz klar: In nächster Frühjahrs laufen eine Reihe von Tarifverträgen ab. Bis dahin haben die Reformisten die Aufgabe sozial organisatorische Zerstückelungsarbeiten zu leisten, daß es den Arbeitern unmöglich sein wird, die Lohnkämpfe erfolgreich durchzuführen.

Die Reformisten werden sich verfallulieren. Die Arbeiter müssen sich um die revolutionäre Opposition, um so ihre Lohn- und Arbeitszeitkämpfe erfolgreich führen zu können. Besonders der

Reichstagskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 30. November und 1. Dezember in Berlin

wird der Ausgangspunkt eines verstärkten Kampfes um die Erhaltung der Arbeiterklasse sein. In allen Betrieben, in den örtlichen Zahlstellen der Gewerkschaften müssen die Arbeiter die sozialistische Zerstückelungsarbeiten der Reformisten beantworten mit der Wahl von Delegierten zum Reichstagskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Bürgerliche Blutschuld gerichtlich festgestellt

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fand im Kriminalgericht in Moabit der Verurteilung gegen das Urteil der ersten Instanz statt, in der 3 Reichskammer der Rote Fahne, die Genossen Werner Hirsch, Albert Norden und Schrader, zu je 6000 RM Geldstrafe verurteilt worden waren. Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Pöhlmann, sollte nach Mündiger Verhandlung das Urteil auf Freispruch des Gen. Schrader, weil dieser zwar formell verantwortlich für die Rote Fahne gezeichnet hatte, durch Krankheit aber von jeglicher Mitarbeit ausgeschlossen war. Die Genossen Hirsch und Norden wurden zu 600 RM Geldstrafe verurteilt. Vertreter für die Staatsanwaltschaft war der Staatsanwaltschaftsleiter Schönhoff. In der Urteilsbegündung wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Rote Fahne bzw. deren verantwortliche Redakteure keineswegs für die blutigen Vorgänge nach dem 1. Mai verantwortlich gemacht werden können. Dadurch und durch die bedeutende Herabminderung der Strafmaßes ist die Blutschuld Bürgerliche an den 33 Mitgliedern gerichtlich festgestellt. Damit hat selbst das bürgerliche Gericht unter dem vernichtenden Feuer der Anklagereden unserer Genossen festgestellt, daß die Opfer, die durch die Polizeitugenden Bürgerliche, die in den Maitagen 33 Verdächtige verurteilt auf das Fiskal gestreckt haben, auf das Schuldbuch Bürgerliche und seiner Partei fallen, daß sie das Resultat der bewährten Prestigationen der Sozialdemokratie sind.

Arbeiter beraten die Gegenmaßnahmen

„Rote Fahne“ fordert zur Selbstverteidigung auf

Wien, 31. Oktober. (Inprekorr-Meldung.)

Die Heimwehren halten Stoderau noch befehlt. Die Rote Fahne (Wien) gab anlässlich der Ereignisse von Stoderau eine Extraausgabe heraus, in der festgestellt wird, daß der Mann der Heimwehren auf Stoderau der Luftkraft zur Errichtung der sozialistischen Diktatur ist. Die Rote Fahne ruft die Arbeiter auf, auf der Straße gegen den Faschismus zu demonstrieren, sofort in den politischen Massenstreik zu treten, die Faschisten zu entlassen, sich selbst zu bewaffnen und Arbeiterräte zu bilden. Der Staatsanwalt hat diese Extraausgabe sofort wegen Hochverrat beschlagnahmt lassen.

Um 15 Uhr verließ die Arbeiterklasse alle Fabriken und versammelte sich auf den Straßen und in verschiedenen Lokalen der Arbeiterorganisationen. Für die Abendstunden sind Konferenzen anberaumt, in denen beschlossen werden soll, ob die Arbeit morgen früh ausgenommen wird, oder ob die Arbeiterklasse in den Generalstreik tritt. Die Fabrikbesitzer wollten der Arbeiterklasse ein Ultimatum: Entweder Zulassung der drei Heimwehrenmitglieder zur Arbeit oder Schließung der Betriebe.

Vom Tage

Ein Flugzeug in ein Haus gestürzt

In Berlin. Nach einer Wiener Meldung des Lokalblattes „Der Arbeiter“ (Siebenbürgen) stürzte in Lörzsdorf bei einem Flugplatz ein Flugzeug, das sich nach Budapest unterwegs befand, bei einem Notlandungsversuch aus 300 Meter Höhe mitten über der Stadt ab und fiel auf ein Wohnhaus, das durch es durchschlag. Dabei fing der Apparat Feuer. Der Pilot und ein Passagier kamen in den Klammern um. Das Flugzeug wurde völlig zerstört.

Einjurzunglüd bei einer Totenfeier

In Mailand. Bei einer Totenfeier in Bragnano bei Carrara stürzte der Fußboden des Aufzugszimmers ein. Die Leiche und 22 Personen wurden in die Tiefe geschleudert. Die Trümmern wurden sieben schwer und fünf leichtverletzt geborgen.

Witterungsaussichten: Zunächst noch starke Remittanz und vereinzelte Regung zu Nebel und Sprühen. Am 1. Oktober Verkehr übergehend zu verminderter Bewölkung. Solare Wärme aufsteigen, Boden- oder Nachtfröhen Temperaturerwartung geändert. Nordland schwache Gebirge mögliche bis frühe Nacht aus nördlichen Richtungen.

Vergebliche Entlastungsmanöver

der korruptierten SPD vor dem Klare-Ausschuß

Berlin, 30. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der vom Reichlichen Landtag auf Antrag der Kommunisten erlassene Ausschuss zur Aufklärung der Wirtschaftskrise in der Berliner Stadtverwaltung der Klare-Ausschuß nahm gestern unter dem Vorsitz des Genossen Schwenk seine Arbeit auf. Die SPD verweigert den Untersuchungsausschuß zu Entlastungsmanövern und ihre korruptierten Fraktionsgenossen zu benutzen und hat die Arbeit, nachdem sie weiß gegen die Wahl des Genossen Schwenk als Vorsitzenden keinen Einspruch erhoben hat, öffentlich gegen den Vorsitz des Genossen Schwenk zu protestieren, weil Schwenk Mitglied des Kreditausschusses der Stadtbank ist.

Für die gegenwärtige Furcht vor weiteren Enthüllungen macht die SPD keine Ausnahme. Die SPD weiß genau, daß für die Klare-Ausschuß der extra dafür eingeleitete Sonderauschluß verantwortlich ist. Aber in diesem Sonderauschluß ist die sozialdemokratische Stadtratskommission, der die SPD angehört, und die SPD ist bereit, die Schuld der SPD auf die SPD zu verlagern. Die SPD ist bereit, die Schuld der SPD auf die SPD zu verlagern.

Als es sich darum handelte, Tatfragen zu stellen bei der Vernehmung des Leiters der Berliner Anstaltsgesellschaft, des Oberamtsleiters Schulz, der gestern als erster Zeuge von dem Untersuchungsausschuß vernommen wurde, machte die SPD nicht eine einzige Aussage an den Zeugen zu stellen. Nach dem Beendigung wurde, weitere Zeugen zu vernahmen, die Schulz genannt hatte, erließ die SPD Protest, weil durch diese Zeugen die Korruption ihrer eigenen Mitglieder bewiesen worden wäre.

Oberamtsleiter Schulz ging ausführlich auf die Entwicklungsgeschichte der Anstaltsgesellschaft und der Klare-Ausschuß ein. 1930 übernahm die Stadt Berlin

Anteile der Betriebsgesellschaft und übertrug sie auf 2 Stadträte und 2 Stadtratskommissionen, darunter auch auf den sozialdemokratischen Bürgermeister Cohn. Einer der Direktoren wurde der Sozialdemokrat Kieburg, der es vorgezogen hat, wegen „Kantheit“ nicht zu erscheinen.

Nach kurzer Zeit seiner Tätigkeit hatte dieser Sozialdemokrat Kieburg unter „Kontrolle“ des sozialdemokratischen Aufsichtsratsvorsitzenden Kieburg die Anstaltsgesellschaft in heruntergewirtschaftet, daß die Nachprüfung einen Gesamterlös von etwa 800.000 Mark ergab. Ferner wurde eine Finanzfalschung durch Kieburg festgestellt, die nur im Einverständnis mit dem Klare erfolgt sein konnte.

In der Nachmittags Sitzung teilte der Vorsitzende Genosse Schwenk unter allgemeiner Heiterkeit mit, daß es nicht gelungen sei, den Bürgermeister Kieburg telefonisch zu laden, da er sich jetzt in „Minsk“ befinde und nicht aufgefunden werden konnte.

In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung verurteilten die Sozialdemokraten einen erfolglosen Sprengungsversuch des ihnen sehr peinlichen Untersuchungsausschusses.

Zur weiteren Aufklärung soll der frühere Aufsichtsratsvorsitzende der KAG, der jetzige sozialdemokratische Bürgermeister Kieburg, vom Ausschuss vernommen werden. In der heutigen Sitzung wird der Stadtratskommissioner Wertel und morgen die sozialdemokratische Stadtratskommission Weal, Stadtrat Gabel und Stadtratskommissioner Reiche vernommen werden. Die unter hartem Andrange der Öffentlichkeit festzustehende erste Tagung des Untersuchungsausschusses hat gezeigt, daß die SPD versucht, jetzt noch ihre korruptierten Mitglieder zu entlasten. Die wertvolle Reprolierung wird durch die demagogischen Lügenmanöver nicht mehr daran gehindert werden können, dieser sozialdemokratischen Korruptionspartei am 17. November eine Niederlage zu bereiten.

Ruhhandel um die Zusammenfassung der bürgerl. Reaktion

Angehens des bevorstehenden definitiven Ernennung des Reichspräsidenten Kurtius zum Außenminister hat vor und hinter der Außenministerialbürokratie über die dabei möglich gewordenen Vernehmlichungen eingeleitet, aber, um es einfacher auszudrücken, Zentrum und Volkspartei balgen sich um den besten Blick an der Natterstippe untereinander und mit der SPD. Das Zentrum wollte, nachdem Willen keine Schuldigkeit gegen und den Untersuchungsamt durchgeführt hat, den Posten des Reichsministerialbüros mit dem jetzigen Reichspräsidenten Egerwald beibehalten und dafür das Justizministerium der Deutschen Volkspartei zuhändigen. Ob auf Kosten der SPD oder als Gegenleistung für einen Verzicht der Volkspartei auf das Reichsministerialbüros, ist unklar. Die Deutsche Volkspartei hält sich zurück — der „Hannoversche Kurier“ vom 29. Oktober betont nur ihre Ansprüche und meint, daß man vielleicht erst den Ausgang des Volksgesetzes und dessen Auswirkungen abwarten müsse, um allen künftigen politischen Möglichkeiten klar überblicken zu können. Unmittelbar vorher wird festgestellt, daß bisher die Volkspartei noch nicht einhellig über die Koalition eingeleitet ist, so kann jene Andeutung nichts anderes bedeuten, als die Hoffnung, nach einem Sturz Hugenberg infolge der Reichspräsidentenwahl mit Hilfe der dann regierungsfähig gewordenen Deutschnationalen auf die SPD einen härteren Druck ausüben zu können.

Ein solcher Druck braucht im übrigen durchaus nicht auf den Ankauf der SPD aus der Regierung hinauszuweisen. Man muß sich erinnern, daß mit harter Gewalt demaskieren, mit den „vernünftigen Bemerkungen“ Deutschnationalen die „ganz große“

Koalition zu machen. Klar und deutlich bringt das die „Kölnische Volkszeitung“ vom 29. Oktober zum Ausdruck, indem sie schreibt:

„Wenn die deutsche Politik sich nach den Richtlinien orientieren würde, die der Führer des Zentrums, Abgeordnete Dr. Kaas, proklamiert hat, dann wird Herr Hugenberg auch äußerlich bald ein erlebter Mann sein, und die parlamentarischen Kräfte können für die deutsche Republik endlich nutzbar gemacht werden. Die Sozialdemokratie ist sehr frohlich, warum sie in dem Bestreben auf Gewinnung der arbeitenden und schaffenden Kreise rechts von ihr ein parteipolitisches Bündnis erblickt. Der Staat kann nur gewinnen, je mehr Kräfte in ehelicher Arbeit an ihm mitarbeiten, und je größer die Möglichkeit zur Bildung haushälterischer Regierungen (im weitesten Sinne) sind. Das verheißt nicht die parteipolitischen Gegenkräfte, sondern erleichtert die parlamentarische Regierungsbildung und hat nichts mit dem Bestreben zu tun, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen.“

Die SPD kann also beruhigt sein, und sie wird sich nicht lange bitten lassen: Wenn die Deutschnationalen dem bösen Hugenberg den Laufpaß geben und sich auf den Boden der kapitalistischen Republik stellen — warum soll man dann nicht auch mit den „nutzbaren konservativen Kräften“, mit dem Herrn Weizsäcker und seinen Jüngern, ganz große Koalition machen? Praktisch erfüllt man ihre Forderungen ohnehin — warum ist nicht gleich in die Regierung einzutreten? Die SPD, die an den Ministerstühlen als ihrem Heiligum hängt, wird sich nicht lange bitten lassen, wenn man an sie herantritt. Die Frage ist nur, ob sie dessen würdig erscheint wird.

Reparationsfragen und Proletariat / Don Rudolf Serber

Don Rudolf Serber

Das internationale Finanzkapital und die Durchführung des Young-Planes

Größere Abhängigkeit der deutschen Bourgeoisie

Nachfrage und Durchführung des Young-Planes bedeuten zwangsläufig eine ganz bestimmte Fortentwicklung der Abhängigkeit des Deutschen vom internationalen, insbesondere vom amerikanischen, Finanzkapital. Die "unabhängige" Regelung der deutschen Reparationszahlungen ist, wie schon im ersten Artikel ausgeführt, mit einer bestimmten Veränderung im äußeren Charakter der zur Sicherung der Reparationszahlungen eingerichteten Kontroll- und Zwangsorgane verbunden. Die unmittelbaren Kontrollorgane fallen weg (was die Vorgesetzten des Young-Planes als "Wiedergewinnung der deutschen Unabhängigkeit" bezeichnet), und sie werden ersetzt durch die Bande der tatsächlichen Abhängigkeit Deutschlands vom internationalen Kapitalmarkt, durch die praktische Unmöglichkeit, die Reparationszahlungen einzuführen ohne damit den deutschen Kredit auszuhebeln zu erschüttern. Der Young-Plan hat für die Wirtschaft dieser tatsächlichen Abhängigkeit noch ein besonderes Organ geschaffen, die Reparationsbank, auf die alle Funktionen des bisherigen Reparationsorgans in Bezug auf Eintreibung und Überweisung der Zahlungen übergegangen sind, die gleichzeitig auch für die Übertragung der deutschen Zahlungen ins Ausland und für die Vermittlung eines evtl. Zahlungsaufschubs kompetent ist. Organisation und Aufbau der Reparationsbank sind im Young-Plan so geregelt, daß sie sich auf der "Gleichberechtigung" der 7 Notenbanken der Hauptländer aufbaut und in ihren Aktionen an die Zustimmung der Notenbankleiter gebunden ist. Tatsächlich wird aber die Stellung der Reparationsbank, die über die Willkürbewegungen der deutschen Zahlungen verfügt, die allein zur Durchführung der Reparationsleistungen der Reparationen übermäßig ist, auf dem internationalen Kapitalmarkt eine beträchtlich übermächtige sein, daß keine Notenbank — aber, praktisch gesprochen, keine Regierung — es wagen könnte, den Wünschen der Reparationsbank gegenüber den amerikanischen Finanzkapitalisten gegenüberzutreten. Und die amerikanische Führung innerhalb der Bank wurde bei der Beratung ihrer Organisationspläne auf der gegenwärtig tagenden Baden-Bader Organisationskonferenz auch kategorisch bekräftigt, indem dem Präsidenten des Verwaltungsrates, von dem ausdrücklich betont wird, daß er leitend und nicht nur ein beratender sein müsse, die weitreichendsten Machtbefugnisse eingeräumt werden. Schon der organisatorische Mechanismus der Durchführung des Young-Planes bindet also die deutsche Bourgeoisie mit goldenen Ketten an die Führung des amerikanischen Finanzkapitals, in dessen Hand es liegt, bei der Durchführung der Zahlungsüberweisungen lächerliche Ermittlungen der deutschen Wirtschaft herbeizuführen.

Aber die verstärkte Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital beschränkt sich durchaus nicht nur auf die Durchführung der Reparationszahlungen als solche, sondern schon auf ihre primitivsten Voraussetzungen. Wir haben im letzten Artikel davon gesprochen, daß eine Verstärkung der Kapitalakkumulation in Deutschland Voraussetzung für die Aufbringung der Reparationen ist. Diese Abhängigkeit besteht in jeder Hinsicht vom Ausbau des deutschen Produktionsapparates hängt die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf dem Weltmarkt und damit die Steigerung des deutschen Erports ab, die zum Ausgleich der Zahlungsbilanz notwendig ist (ebenso wie die politisch-militärische Machtposition Deutschlands, die Voraussetzungen für eine spätere Revision des Young-Planes). Verstärkung der Kapitalakkumulation in Deutschland ist aber auch Voraussetzung für die Vermehrung von Krediten an die Ränder der deutschen Industrie, für den Kapitalexport, der eine wichtige Voraussetzung des Warenverkehrs ist. Die zur Verwirklichung des Young-Planes notwendige Kapitalakkumulation übersteigt nun aber bei weitem die eigene Leistungsfähigkeit der deutschen Akkumulation — eine Beanspruchung des internationalen Geldmarktes erweist sich als unvermeidlich. Diese notwendige Beanspruchung des Geldmarktes bedeutet natürlich eine verstärkte Abhängigkeit von ihm, vom internationalen Finanzkapital.

Imperialistische Compagniegeschäfte gesteigerte Massenausbeutung

Die deutsche Bourgeoisie ist sich dieser Abhängigkeit durchaus bewußt. Insbesondere auf dem letzten Düsseldorf-Industrietag kam das zum Ausdruck. Im Anschluß an das Referat von Dr. Rehl, Reichstagsmitglied der Deutschen Bank und Leiter des neuen Komitees, wurde ausdrücklich betont, daß sich die B aus dem besonderen Interesse daran an den Reparationszahlungen auch eine "moralische Verpflichtung" des französischen Geldmarktes zur Förderung der deutschen Kapitalbeschaffung ergibt, und es wurde ganz allgemein die grundlegende Bedeutung der Beschaffung von Auslandskapital für die Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft anerkannt. Differenzen gab es allerdings nur über die Frage, ob die Beschaffung von Auslandskapital vorwiegend durch Beschaffung ausländischer Geschäftskapitalien zu bewerkstelligen ist oder durch Ausgabe von Schuldverschreibungen an das Ausland erfolgen soll. Es war schon in Düsseldorf klar, daß ausläßlich der folgenden beiden Auseinandersetzungen zwischen Siemens und dem ICB-Konkurs wurde dies noch klarer, daß diejenigen, die aus Gründen der "nationalen Unabhängigkeit" das Auslandskapital nicht zur Mehrzahl in deutschen Aufsichtsräten zulassen wollten, im allgemeinen die gleiche waren, denen die Trauben zu hoch hingen, d. h. die zugunsten ihrer Konkurrenten bei der Heberwerbungsbedürftigkeit wurden und nun für den erwünschten Konkurrenzkampf gegen die vom Auslandskapital begünstigten. Fortan einige "nationale" Thesen brauchten. Im übrigen ist es, vom Standpunkt der deutschen Gesamtbourgeoisie aus gesehen, klar, daß die Abhängigkeit nicht geringer wird, wenn sie, statt durch den Kanal der unmittelbaren Beschaffung von Auslandskapital in den Aufsichtsräten, sich auf dem Wege der allgemeinen Gebundenheit des deutschen Finanzkapitals an die Aufnahmefähigkeit des internationalen (insbesondere des amerikanischen) Geldmarktes für deutsche Anleihen auswirkt. Ob in formaler Hinsicht amerikanische Vertreter sitzen, oder ob die Aufsichtsräte amerikanische Vertreter sind, oder ob die Unternehmungen beherrschenden deutschen Großbanken bei jedem Schritte auf das Wohlwollen der amerikanischen Geldgeber setzen müssen, kommt im Grunde auf das gleiche heraus, leidet in jeder Hinsicht, die von den Gegnern der Heberwerbungsbedürftigkeit hervorgehoben wurde, in der Freiheit der Konkurrenz deutscher Unternehmungen gegen die von den Geldgebern Deutschlands in eigener Regie betriebenen. Tatsächlich haben in den letzten Monaten eine ganze Reihe ausläßlich absehender deutscher Unternehmungen auslän-

dische, insbesondere amerikanische, Metalligungen beherrschenden Umfanges hineingeworfen müßten und sich gar nicht gehäut (oder sich nicht kümmern können), gerade von den amerikanischen Konkurrenzunternehmungen Kapitalhilfe und Mitteln zur Verfügung im Auftritte anzunehmen (die sich bei Opel sogar bis zur Verletzung einer früheren amerikanischen Majorität steigerte). Es ist natürlich, daß diese Beteiligung von Auslandskapital in größerem Umfange praktisch fast nur auf dem Wege der "Heberwerbungs" d. h. des Kreditaufbaus durch ausländische Großunternehmungen (insbesondere der gleichen Branche) möglich ist.

Die Konsequenz: Imperialistischer Raubzug gegen die UdSSR

Die Frage liegt nahe, warum das so ist — und die Antwort ist in der ganzen Auswirkung des Young-Planes gegeben. Die Reparationen können nur gezahlt werden, wenn die deutsche Wirtschaft gesteigert wird. Die Steigerung der deutschen Wirtschaft liegt einem verstärkten Ausbau des Produktionsapparates und liegt einer verstärkten Nationalisierung gegen die Arbeiterklasse (wenn Auslandskapital notwendig ist), oder andererseits auch die Erleichterung neuer Märkte voraus. Die Geldgeber Deutschlands haben das höchste Interesse daran, daß diese Erleichterung neuer Absatzmärkte für deutsche Waren sich nicht auf ihre Kosten, sondern in einer für sie ungeschätzlichen, ja schädlichen Richtung vollzieht. Die durch den Kapitalbedarf Deutschlands gebundene Abhängigkeit von ihnen ist eine absolut unvermeidliche Tatsache in diesem Sinne. Soweit amerikanische Vertreter in deutschen Aufsichtsräten sitzen, oder amerikanische Großbanken, die die deutsche Industrie beherrschenden Banken an der Spitze stehen, ist es klar, daß der Geldgeber dafür sorgen wird, daß seine Tochterunter-

nehmungen dem Hauptwerke keine Konkurrenz machen. Der Young-Plan hat durch die Schaffung der Reparationsbank, deren beherrschender Stellung sich schon oben gesprochen haben, selbst organisatorische Formen für die Beherrschung dieser Abhängigkeit geschaffen. Er hat zugleich — über schon ausdrücklich die Banken gemeldet, in denen sich die — zur Zahlung der Reparationen notwendige — wirtschaftliche Ausbeutung Deutschlands vollziehen darf. Ausdrücklich wird es als die Aufgabe der Reparationsbank bezeichnet, "wirtschaftliche Unternehmungen insbesondere in den rückständigen Ländern, zu fördern". Das ist deutlich genug: das amerikanische Finanzkapital wird seinen Willen die Richtung diktieren, in der es sich bewegen können. Es ist klar, daß von den "rückständigen Ländern" solche auszuwählen, die von den Geldgebern Deutschlands heute beherrscht werden — und da die Erde aufgeteilt ist, bleibt nur die Erschließung kapitalistischer Neuländer mit amerikanischer Hilfe, die gewalttätige Wiedergewinnung des der kapitalistischen Ausbeutung entzogenen Schatzes der Erde. Denn es ist klar, daß das Vorkriegsdenkmal und, allgemein gesprochen, die Tatsache des Bestehens der proletarischen Diktatur eine "verbotene" Erschließung des Marktes der Sowjetunion im Sinne der deutschen Bourgeoisie und ihrer Hintertreter unmöglich macht. Die Tätigkeit in Verantwortung russischer Wirtschaftslösungen erzieltenen politischen Erfolg ist der ganzen deutschen Regierungspresse und natürlich genug im Berliner Botschafts-Courier wurde schon von besonderer Seite die Frage aufgeworfen, daß Rußland sich über das Ausschleichen deutscher Kredite nicht beherrschern kann, wenn es nicht selbst die Voraussetzungen für entsprechende Gewinnmöglichkeiten und für Wiederherstellung des Vertrauens" schafft. Immer deutlicher tritt innerhalb der internationalen Kapitalgesellschaft die amerikanische Führung hervor: indem der Young-Plan in allen Hinsichten das deutsche Finanzkapital unterordnet an das amerikanische, indem er für die zu seiner Durchführung notwendige wirtschaftliche Ausbeutung Deutschlands den Weg der "Erschließung" der Sowjetunion weist, ist er zugleich ein entscheidender Schritt in der vollkommeneren Einreihung des deutschen Imperialismus in die aktive Kriegsführung gegen die Sowjetunion.

Durchführung und revolutionäre Zerreißung des Young-Planes

III.

Wir haben gesehen, was die Durchführung des Young-Planes zu innere und außenpolitische Hinsicht bedeutet. Für die deutsche Bourgeoisie an das internationale, insbesondere an das amerikanische Finanzkapital, Steigerung der kapitalistischen Akkumulation mit allen Mitteln, verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse, Zerschlagung aller die kapitalistische Akkumulation hemmenden Kräfte, verstärkte wirtschaftliche Spannungen mit ausländischer Hilfe, insbesondere auf dem Wege der "Erschließung" der Sowjetunion für den Kapitalismus, deutsche Teilnahme am Weltmarktkampf mit dem Ziele der gewalttätigen Erleichterung neuer Absatzmöglichkeiten und einer Verschiebung der politischen und militärischen Machtverhältnisse zugunsten Deutschlands, damit die Voraussetzungen für eine Revision des Young-Planes geschaffen werden. Das ist die politische Linie, die durch die Annahme des Young-Planes von der deutschen Bourgeoisie zwangsläufig gezogen wird und die sich im übrigen aus dem Text des Young-Planes selbst ergibt, von seinen Verfassern vorausgesetzt wurde. Der Young-Plan beschränkt sich ja tatsächlich durchaus nicht auf die Regelung der Reparationsfrage als solche, er gibt für eine ganze Reihe wichtiger Maßnahmen des "innerdeutschen Reparatorenprogramms" keine Anweisungen; sieht z. B. vor, daß die Reichsbankfähigkeit (um Forderungen der Gläubiger besser entgegenzusetzen zu können) ihren privaten Charakter behalten soll, daß es notwendig ist, die Industrieproduktion des Tageswaren abzubauen und überhaupt die Vollen der deutschen "Wirtschaft" zu vermindern — so wie der Young-Plan andererseits in der von uns angeführten Stelle Deutschland ausdrücklich die Bahnen des Ostmarktes vorweist.

Einigen Kampf innerhalb der deutschen Bourgeoisie

Das deutsche Kapital bemerkt die Durchführung des Young-Planes als den deutschen Kapital — der Young-Plan ist nichts anderes als die Realisierung jenes Weges, der im Grunde seit 1923 konsequent beschritten wurde (und zu dem im übrigen die Politik der deutschen Bourgeoisie vor 1923 weitgehend bewußte Klarheit war). Eine erste Diskussion im Lager der deutschen Bourgeoisie über die Durchführung des Young-Planes im Sinne der prinzipiellen Ziele, ob man ihn annehmen oder ablehnen solle, gibt es nicht; man hat zwar bei allen Gelegenheiten (auf den verschiedenen Tagungen des Zentrums wie auf dem Düsseldorf-Industrietag) die grundsätzliche Stellungnahme zum Young-Plan hinausgehoben, um auf die Erzielung der noch ausstehenden Fragen (vor allem der Coastfrage) einen gewissen Druck auszuüben. Aber in allen praktischen Fragen der Organisation der deutschen Wirtschaft behandelt man die Linie des Young-Planes als eine Selbstverständlichkeit: man nimmt amerikanische Großkapitalisten in die wichtigsten deutschen Unternehmungen hinein, man vollzieht die grundlegende Tatsache auf diesem Gebiet ist der Zusammenstoß der beiden größten deutschen Banken zu einem neuen Konzernunternehmen, jene großen Zusammenstöße, von denen Reich in Düsseldorf sagte, daß sie eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Finanzierung von Auslandskapital sind. Die Verstärkung der Nationalisierungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, die Relinquenz aller Verträge, der Abbau der Sozialleistungen und Forderungen, die sich ableiten aus den primitivsten Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie ergeben; aber daß man sie gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt konzentriert und in Angriff nimmt, ist eine einfache Konsequenz der Tatsache, daß die deutsche Gesamtbourgeoisie die Young-Politik als eine notwendige, ihr durch die internationalen Kräfteverhältnisse zwangsläufig gegebene erachtet. Wenn Teile der deutschen Bourgeoisie heute eine demagogische Propaganda gegen den Young-Plan unterhalten (und dabei im übrigen eine ziemlich heile Welt erziehen), so ist das durchaus nicht als wirkliche Hegepolitik gegen den Young-Plan anzusehen; die Beauftragten der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie in Paris mit dem "Gründungs" über das politische, wirtschaftliche und militärische Verhältnis gegen die Sowjetunion verhandelt, und die Leute, die zu 50 Prozent für den Young-Plan gestimmt haben, können sich heute ihre "Opposition" gegen den Young-Plan nur deshalb erlauben, weil sie abseits der Ministerstühle stehen und gern wieder hinausgerufen werden möchten.

Verstärkter imperialistischer Kurs

Denn zur und bei der Durchführung des Young-Planes ergibt sich zwangsläufig eine bestimmte Konzentration der kapitalistischen Kräfte. Wirtschaftlich liegt sie in einer fortgeschrittenen, in ihren Dimensionen gewaltig gesteigerten Trübschuldung ausländischer Hilfe — politisch entspricht ihr die stärkere Konzentration und Verschärfung des bürokratischen Staatsapparates zur Wiederherstellung der proletarischen Massenbewegungen, die sich zwangsläufig aus der Durchführung des Young-Planes ergeben müssen. Die Bourgeoisie ist sich durchaus einig über die Durchführung des Young-Planes und die zu diesem Zwecke notwendige Verstärkung ihres Herrschaftsinstrumentes in laudablem Sinne. Es gibt aber natürlich Differenzen innerhalb der Bourgeoisie und im besonderen zwischen Sozial- und Nationalisten über die Kräfte, die die verschiedenen bürgerlichen Gruppen bei der Verwirklichung des imperialistischen Regimes spielen sollten. Es besteht ein gewisser Wettbewerb um die Gunst des Kapitals, um den Nachweis der besonderen Fähigkeiten zur Wiederherstellung der Arbeiterbewegung (Ständlungen, wie die Verhaltung der Arbeiterbewegung liegen auf dieser Linie), es besteht auch ein gewisser Konkurrenzkampf (von dem übrigens beide Teile demagogische Vorteile ziehen), der sich im übrigen Reibungen äußert. Die Partei des Großkapitals — sowohl das Zentrum wie die Deutsche Volkspartei, und auch die Demokraten haben das auf ihren letzten Tagungen unumwunden geäußert — stellen die Frage, ob sie von denen, die sich auf den Boden des Young-Planes stellen, auch verlangen, daß sie das zum Verwirklichung notwendige "innerdeutsche Reparatorenprogramm" mit Haut und Haaren schlucken (und die SPD erweist sich gern bereit, solchen Anprüfungen Folge zu leisten), ob sie sich andererseits von jenen, die bei der Durchführung der anti-proletarischen Offensive mit an der Regierungsspitze stehen, auch verlangen, daß sie sich ehrlich auf den Boden der Loslösung, d. h. den Young-Planes, stellen. Der Zentrumsführer Raas hat in seiner letzten Rede beide Gesichtspunkte klar zum Ausdruck gebracht. Das deutsche Finanzkapital herrscht Sozial- und Nationalisten. Das deutsche Finanzkapital herrscht bei der Errichtung seiner imperialistischen Diktatur gegen das Proletariat; man kann keinen Schritt in die Regierung hineinnehmen, wenn es auf den "Oppositions" Ruß liegt, ist eine untergeordnete Frage (so sehr sich die Betroffenen dafür interessieren).

Organisatorische des Proletariats bis zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft

Die deutsche Bourgeoisie und alle ihre Agenten führen den Young-Plan durch, errichten die zu seiner Durchführung notwendigen imperialistischen Diktatur, unternehmen das deutsche dem amerikanischen Finanzkapital (wobei ein Teil gegen diese teilweise demagogische Thesen kämpft, aber gleichzeitig — siehe Hugenberg — in Amerika Hilfe sucht, der andere Teil des Kriegsgeldnis des Deutschen mit dem amerikanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion als "Freiheitskrieg" preist). Es gibt nur eine Kraft in Deutschland, die gegen den Young-Plan kämpft — und das ist die deutsche Arbeiterklasse. Aus der Durchführung des Young-Planes ergibt sich zwangsläufig eine Reihe von Angriffen gegen das deutsche Proletariat auf allen Gebieten — und diese Angriffe tufen mit einerer Notwendigkeit den proletarischen Gegenangriff hervor. Aus den Kämpfen, die die deutsche Arbeiterklasse gegen Unterdrückungsraub, Steuerraub, kapitalistische Nationalisierung führt, wachsen alle großen Kämpfe die immer erbitterter werdenden Erntekämpfe, die großen Massenstreiks, wachsen die revolutionären Organe der Einheitsfront auf, deren höchste Form die Arbeiterräte der kommenden deutschen Revolution bilden werden. Die zahllosen Einzelkämpfe gegen die Arbeiterklasse, die der Young-Plan nachzieht, finden in den höchsten und ihre Zusammenfassung im imperialistischen Kampf gegen die Sowjetunion — die proletarische Gegenangriff findet ihren Höhepunkt in der Verwirklichung des Antisowjetkrieges durch den Kriegszug — und wenn dies nicht gelingt, wenn der Krieg solcher Schritte als die proletarische Revolution, durch die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, der mit der Lösung der Reparationsfrage nach bolschewistischem Muster mit der revolutionären Zerschlagung des Young-Planes durch die siegreiche deutsche Revolution endet wird.

Sinein in die SPD!

Durchs Fenster

Wenn der wohlhabende Bürger sich im weichen Polster dehnt, und durchs Fenster von der Straße Lärm der Demonstrationen hört, kauft er unbedacht Grinsen über seinen Rücken lang, denn wenn die Empörung gilt, hört er aus dem „Völkchen“, Kanton geht er an das Fenster, halb aus Neugier, halb aus Ekel“ heißt er den Vorhang „rüher und blüht durch die Scheiben durch.“

„Fräulein steht er rote Nähen machend hoch im Winde wehn und in ungeheurer Maße drohend Proletarier sich.“

„Und von neuem läuft ein Schauer langsam ihm durch Mark und Bein.“
 „Sollte etwa das ein Vorstoss ihon des Bolschewismus sein?“
 „Und er steht sich in Gedanken bis zum Hemde ausgetraut, so er an die Scheibenwände wie an seinen Geldsack glaubt, und durch seine letzten Lippen dringt ein frommes Angäbel.“
 „Während unten auf der Straße der Prolet im Zuge geht, alle wieder der Proleten sind gleich einem Sammerschlag, und der Bourgeois am Fenster glaubt, es sei sein letzter Tag.“
 „Schnell löst er den Vorhang lassen und bleibt unbeweglich stehn, und er denkt in seinem Innern, so darf es nicht weiter gehn.“
 „Doch jetzt läuft ein drittes Käbeln plötzlich über sein Gesicht.“
 „Eben sah er „Rotes Dunkel“, doch jetzt leuchtet schon ein „Rotes“ blaue Knöpfe, blaue Ärmel, gelbe kommen angetanzt, schneller als die Feuerwehren bei dem allergrößten Brand.“
 „Und der Gummihüpfel macht jetzt langsam seine Siegetrüb und er tut so dem Proleten demokratische Ordnung kund.“
 „Doch dem Dicken hinterm Fenster laßt das Herz im Leib dabei.“
 „Der Prolet gehört ins Zuchthaus, doch der Geldsack bleibe frei.“

Das Klassengeficht im Erziehungswefen

Freuden gibt aus:

für den Volksschüler jährlich 86,50 M.
 für den höheren Schüler jährlich 380,— M.

Willst du eine Veränderung, dann wähle am 17. November die Liste der Kommunistischen Partei!

Kühns Acharofenjungen versuchen zu provozieren

Nach der am Dienstag dem 29. Oktober in den Annenältern stattfindenden Protestkundgebung gegen den Polizeiterror in Dresden, kam es nach Schluß der Versammlung durch das herausfordernde Benehmen einiger Acharofenjungen zu einer kleinen Anstimmung auf der Annenstrasse. Es war leider zu beobachten, daß vereinzelte Arbeiter immer noch auf diese Provokationen bezuhalten. Die Vorgang ist wohl zu begreifen. Mit diesen Provokationen muß man proletarisch reden. Interessant ist ferner, daß immer noch diesen Acharofen, als kein Mensch sich mehr auf der Annenstrasse aufhielt (außer einigen Epitheln), einige Heberhollmanns durch die Polizei immer noch durch die Straßen führen. Was die Anwesenheit der Polizei überhaupt überflüssig, so muß man sich fragen, was diese nächtlichen Spazierfahrten für einen Sinn haben. Ferner kostet Geld, aber das kostet ja nichts, die Arbeiter müssen ja alles bezahlen. — auch die Arbeiter, die von der Polizei gelegentlich überfallen und mißhandelt werden. So etwas geschieht unter einem Volksherrschern, der der „Alten Sozialdemokratie“ anhängt, einer Partei, die immer noch behauptet, Arbeiterinteressen zu vertreten. Am 17. November ist Gelegenheit für jeden Arbeiter, besonders aus den Vorständen der letzten Tage seine Lehren zu ziehen, durch Wahl von Kommunisten.
 Arbeiterfortspionenz 1653.

Vom Schlichte der Arbeit

Am Dienstag dem 29. Oktober verunglückte im Betrieb der Fabrik Garmisch, Kellnerstraße, ein Arbeiter. Er war damit beschäftigt, Eisenbleche auf zwei Ende aufzustapeln. Als er die vierte angreife, rutschte er von der Leiter herunter, fiel er ins Pulver und begründete den Arbeiter unter sich. Besinnungslos wurde er ins Krankenhaus übergeführt.

Wohnungsamt unterffützt schamlose Hauswirtsforderungen

Sein Wohnungsluchen kann man allerhand erleben. Ganz ungeheures von der Schwerealligkeit des ganzen Apparates im Wohnungsamt, kann man wohl sagen, daß sich dieses ganze Apparatsystem (das immer eine Lücke hat, wo der Hauswirt — wenn er die Räume nicht vermieten will — hindurchschlupfen kann) zum Nachteil der Mieter auswirkt, als eine Inflation zu sein, bei der die Wohnungslosen gegen die Brutallisten der Hausbesitzer ihr Recht finden.

Die Methode der Bewerbanweisung, die sich in einem Wettbewerb der Weisheitenden ausgewachsen hat, ermannt die Hausbesitzer direkt in ihren Forderungen gegenüber den Wohnungslosen.

Am 7. September war in der Wohnungskasse eine Wohnung veröffentlicht, und zwar am Poppitz 26, III. Da ich ein Interesse habe, auf Grund meiner äußerst schlechten Wohnungsverhältnisse noch vor Eintritt des Winters unterzukommen, sah ich mich die Wohnung an und schickte die Bemerkung ein. Nach einigen Tagen erhielt ich Nachricht, daß mir die Wohnung mit nach anderen Bemerkern zugestanden sei und innerhalb drei Tagen das Wohnungsamt vom Verhandlungsresultat in Kenntnis zu setzen sei. Da ich zur Zeit nicht zu Hause war, hat meine Frau mit dem Hauswirt verhandelt. Zunächst erklärte dieser keine Wohnung, daß mir die Wohnung erhalten konnten — wenn wir einen Dien im Werte von 200 Mark einbauen lassen, der dann — wenn wir umziehen sollten — stehen zu bleiben hat. Nur unter der Bedingung würde er die Wohnung vermieten. Empört über eine solche Erpressung ging ich am nächsten Tag selbst auf das Wohnungsamt, um dort über mein Verhalten zu diesem Hauswirts Bescheid zu holen. Der Beamte erklärte mir, daß das Verhalten des Hauswirts abwegig sei, fragte mich, ob ich die Wohnung mieten wolle, was ich bejahte und endlich mich mit der Bewerbanweisung, daß ich über diesen Fall noch Nachricht erhalten werde. Am 25. September erhielt ich folgenden Bescheid:

„Der Eigentümer des Hauses Poppitz Nr. 26 hat sich leider nicht bereit erklärt, Ihnen die zugewiesene Wohnung zu vermieten. Ein Antrag des Wohnungsamtes auf Abbruch eines Mietvertrages bietet unter den obwaltenden Umständen wenig Aussicht auf Erfolg. Deshalb kann die Zuteilung dieser Wohnung von hier aus nicht weiter verfolgt werden. Es muß Ihnen anheimgestellt werden, sich weiterhin um freierwerbende Wohnungen zu bemühen.“

Der Herr in Dresden, Wohnungsamt: „Dieser „Bescheid“ ist ein glatter Schand, der die Erpressungsmethoden dieser Hauswirts zeigt. Anstatt einmal in die kranken Verhältnisse des Poppitz zu blicken, wird planlos um die Wohnung nach der anderen dem Hauswirt zur freien Verfügung überlassen. Nach Erfordernissen, die ich auf Grund dieses Bescheides erlangen habe, hat der Hauswirt bis jetzt freierwerbend.“

Die Wohnung in 2. Stockwerk links. Der frühere Mieter, ein alleinstehender Kellner, hat durch das Wohnungsamt einen Mietvertrag erhalten.
 Die Wohnung in 2. Stockwerk rechts. Ebenfalls durch Wohnungsamt Mietvertrag. Die Räume werden jetzt für den Hauswirt als Wohnraum verwendet, dadurch verliert der Hauswirt bedeutend mehr, als wenn er sie als Wohnraum vermietet.
 Die Wohnung 1. Stockwerk links. Die frühere Wohnung

Sozialfaschistisches Verzweiflungsgeschrei

In der Oktobernummer „Der Sozialdemokrat“, dem Mitteilungsblatt der SPD, wird der verzweifelte Versuch gemacht, die sozialdemokratischen Arbeiter in das Reichsbanner zu zwingen. Dadurch sollen die Arbeiter, deren Interessen immer offener die SPD mit Füssen tritt, von dieser Tatsache abgelöst werden durch Degeneration von Heberfällen und Terroristen gegen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter. Wörtlich wird, nachdem das Reichsbanner herausgefordert wurde, um die Wählstimmen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen das sozialfaschistische Reichsbanner zu überwinden, gefordert:

„Gerade dieser Schug (der Verammlungen durch die SPD, die Red der Arbeiter) wird ja in den nächsten Wochen, in der Zeit der Stadtverordneten-Wahlkämpfe, besonders in Anlehnung angenommen und bewertet werden müssen.“

Das Reichsbanner hat auch nie Zweifel darüber gelassen, daß es bereit ist, neben den Verammlungen auch die Trübsalen der Parlamente zu schämen, um den Parlamentarismus aus eigener Kraft zu wahren vor der See unreiler, fanatischer Kurden. Wie auch das Reichsbanner bereit ist, jederzeit den persönlichen Schug der Politiker zu übernehmen, gegen die von links oder rechts eine Fagromittung erregt wird.

Das hemmungslöse Gehen der SPD, das Trommen der Nazis und ihrer Brüder hat eine gespannte Stimmung erzeugt. Die zu den Bombentataten der jüngsten Zeit geführt hat.“

Dieser Erguß der Politanten aus dem SPD-Sekretariat ist nichts anderes als ein erschütterliches Anstandsprodukt dieser „Linken“ Selden, die die Abrechnung der Arbeitermatten nach den Schandaten der letzten Monate mit vollem Recht zu führen haben. Diese Kurden glauben, nachdem Sotering ihnen mit dem Verbot des KRS den Platz freizumachen verstanden, daß ihre Stunde gekommen sei, eine sozialfaschistische Garde zu ihrer Leibwache ausbauen zu können. Mit einer Aechtheit sondergleich behaupten sie, daß die Kommunisten für die Bombentataten mit verantwortlich seien. Dabei weiß alle Welt, daß: 1. die IA des Sozialdemokraten Jürgelb schon Wochen vor dem Stattfinden von Anstalten informiert war, ohne daß etwas Entscheidendes geschah.

2. hat gerade die kommunistische Presse erst durch ihre Enthaltungen die Sozialdemokraten gezwungen, so zu tun, als ob sie gegen die Faschisten vorgingen, und

3. daß Jürgelb und Jürgelb alles taten, um den reaktionären Verbrechen nicht wehr zu tun, und daß das Eigeninteresse bereits aus der Zeit entlassen ist.

Die SPD kann nicht anders, sie muß zu solchen Taten gegen die Kommunisten greifen, um den Arbeitern gegenüber eine „Begründung“ für ihren sozialfaschistischen Kurs zu haben.

Stärker denn je erhebt das Feldgeschrei der Bourgeoisie: „Gegen den Bolschewismus“ die ichen dazu überträgt der SPD den Aufruf zu verlieren. Die Arbeitgeberzeitung ruf: „Stinweg mit der wirtschafts-demokratischen Phrase!“, die Finanzlöcher fordern Verstärkung der Ausbeutung im allerhöchsten Tempo. Die Hakenkreuzler erhalten immer höhere Summen für ihre Lagerkapitalisten und der SPD zur Wehr zu lehren. Es wird bei größter Initiative aller revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen aber möglich sein, dem sozialfaschistischen und sozialfaschistischen Einheitsblock gegen die proletarische Revolution den millionenstarken Massenstrom des revolutionären Antifaschismus entgegenzusetzen. Es gilt aber, keine Zeit zu verlieren. Alles an die Arbeit!

Nach jeder Verammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen wird die Kräfte der Massen, die mit Vegetierung den Kampf mit den reaktionären Söldlingen der Bourgeoisie führen werden.

Das wird ihr aber nicht gelingen. Die antifaschistische Arbeiterfront wächst. Wie Hitze aus der Erde wachsen die Arbeiter-, Ortsgruppen und Frauenklassen der antifaschistischen Schutzorganisationen der Arbeiter. Es gilt jetzt, alle Kräfte anzuspinnen. Die Arbeiter haben sich gegen den rechten Aparat der Trübsalisten und der SPD zur Wehr zu lehren. Es wird bei größter Initiative aller revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen aber möglich sein, dem sozialfaschistischen und sozialfaschistischen Einheitsblock gegen die proletarische Revolution den millionenstarken Massenstrom des revolutionären Antifaschismus entgegenzusetzen. Es gilt aber, keine Zeit zu verlieren. Alles an die Arbeit!

Ein republikanisch-demokratisches Kulturdocument

Neues vom sozialen Inhalt der Republik

Eine in Dresden geborene Frau, deren Eltern auch in Dresden geboren, aber tschechoslowakische Staatsangehörige sind, hat ein uneheliches Kind von einem tschechischen Mann. Die Frau heiratet später einen Mann tschechischer Staatsangehörigkeit. Dieser kann aber das Kind, welches jetzt 9 Jahre alt ist, weißer Saisonarbeiter ist, nicht mit unterhalten.

Einen Antrag, Auslieferung für das Kind zu gewährleisten zu wollen, beantwortete der altsozialdemokratische Abgeordnete und Kreisbauplanmann Busch mit der Ausweisung dieses Minderjährigen Kindes.

REVOLTE IM ERZIEHUNGSHAUS

von P. M. Lampel

spielt die SCHAUSPIELERGRUPPE ROTOR am Freitag, 1. November, im Gasthof Dohleitz.
 Sonntag, 3. November, im Künstlerhaus Dresden, Gruner Str.
 Eintrittspreis: Vorverkauf 80 Pf., Abendkasse 1 M. Erwerblos und Reiner gegen Ausweis an der Abendkasse 50 Pf. (Siehe Plakate und im IAH-Büro, Dresden, Poppitz 18)

Ein Vorstoß der kommunistischen Landtagsfraktion gegen die tripole Ausweisung beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wurde mit folgendem Schreiben beantwortet:

„Auf die Anfrage vom 2. Oktober 1929 teilt das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium mit:

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ist bereit, von einer Ausweisung Abstand zu nehmen, wenn eine laufende Unterbringung des Kindes... nicht mehr erforderlich ist. Das Kind lebt bei seiner Mutter, deren Ehemann leidet an einer schweren Krankheit, die ihn nicht in der Lage setzt, das Kind zu erhalten. Unter diesen Umständen sieht das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium keinen Anlaß, von der Ausweisung Abstand zu nehmen, wenn der zum Unterhalt seiner Familie verpflichtete Ehemann erkrankt, deren Kind im gemeinschaftlichen Haushalt mit zu verbleiben. Im vorliegenden Falle kann die Hebernahme des Kindes nach Wälmisch-Leipa um so weniger als Härte angesehen werden, als der leibliche Großvater des Kindes dort lebt. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ist aber nach wie vor bereit, den Hebernahmeantrag zurückzuführen, wenn das Kind nicht laufend unterrichtet werden muß. Ebenso wird eine Hebernahme nicht gefördert werden, wenn gelegentlich einmal Unterbringung gesucht wird.“

Für den Minister: (Unterzeichnet) „Welche Geizfragen doch in tschechischen Stellenagen liegen! Und doch heißt es, die Altsozialdemokraten seien in der Verwaltung, um — gleich ihren Kollegen um Edel — die Republik mit sozialem Inhalt zu erfüllen.“

Für Erwerbslose ist kein Geld da!

Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag gestellt, nach dem für alle Erwerbslosen und vom Ausfall der Winterbeihilfe gefordert wurde. Die SPD magte nicht, gegen den Antrag zu stimmen, sie ließ ihn aber an den Finanzamtschluß verweisen. Dieser letzte gegen die kommunistischen Stimmen einen Zwischenbeschluß, wonach der Rat um Auskunft erlicht wurde, welche Mittel das Finanzamt zur Gewährung von Winterbeihilfen zur Verfügung stellen kann. Die Antwort lautet nunmehr vor: Sie kann in ihrer nächsten Fraktionstagung nicht getroffen werden. Das Finanzamt der sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Führer erklärte kurz und bündig:

„Es ist völlig ausgeschlossen, Mittel für den beantragten Zweck häufig zu machen. Nur unter äußerster Anstrengung des Kredits ist es möglich, die Anforderungen des Haushaltsplanes zu erfüllen. Eine darüber hinausgehende Leistung muß zwangsläufig zu Zahlungseinstellungen auf anderen Gebieten führen. Die Gewährung einer Winterbeihilfe ist hierdurch unmöglich.“

Die SPD hat diesen Zwischenbeschluß deshalb herbeigeführt, um den Antrag nicht nach den Wahlen erledigen zu müssen und ihn nach den Wahlen desto besser mit abzulehnen zu helfen. Gebt die Antwort, wählt am 17. November Kommunisten!

Wie der „Klassenkampf“ der SPD ausfieht

In einer Ansprache würdigte Bürgermeister Dr. Bühler das umfassende Wissen des Oberbürgermeisters im Dienste der Stadtverwaltung und hob seine hohen Verdienste um die Entwicklung der Landeshauptstadt, wie der deutschen Selbstver-

waltung überhaupt, hervor.

(So der Sozialdemokrat Führer laut Dresdener Anzeiger, Nummer 170, Seite 3, vom 11. 4. 1929 als Geburtstagsgrußwort bei Bühler, dem Führer der tschechischen Bürgerbewegung, der den Kampf um die Verlichterung der Gemeindeordnung an vorderster Stelle führte.)

So steht der „Klassenkampf“ der SPD in der Praxis aus: Werkstätte, macht Schluß mit diesen Bewählern, wählt Kommunisten!

Weshalb?

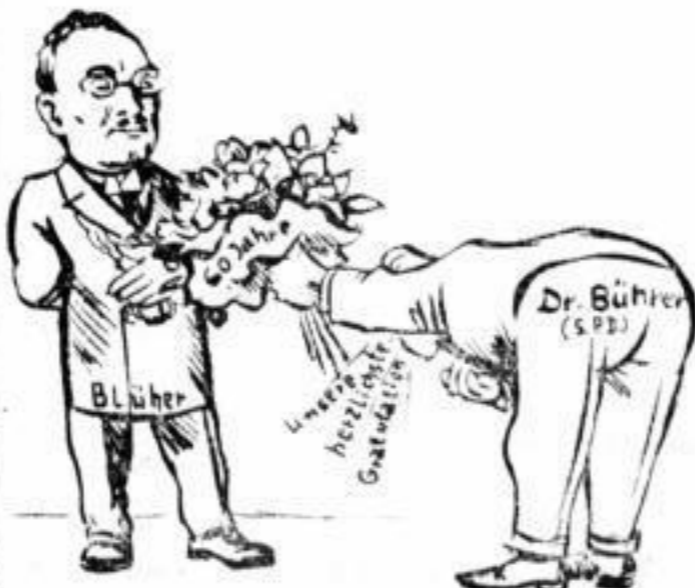
„Ich wünsche Herrn Dr. Bühler, dem wir mit vollkommener Unvoreingenommenheit gegenüberstehen, daß es ihm möglich sein möge, sein Amt möglichst viele Jahre zum Besten unserer Stadt (des der Kapitalisten, die Red.) auszuführen.“

So der Redner der Deutschen Volkspartei, Herr Hehl, bei der Hauskultplan dieses Sozialdemokraten für das Jahr 1929, nach dem Programm der 12 öffentlichen Schung von 1924, Seite 424.

Bebel sagt: Wenn mich meine Feinde loben, da habe ich bestimmt etwas falsch gemacht.

Das Lob des Verräters der Deutschen Volkspartei, die in dessen Interesse Sozialdemokraten in den führenden Stellen der Gemeinde arbeiten.

Gebt dieser Gesellschaft die Quittung, wählt die Liste der SPD



Cäsar die trustfreie 5 Pl.-Zigarette

Arthur Fleischer Grünburger Straße 31 Radio-Anlagen u. Reparaturen Beleuchtungskörper

Feinbäckerei, Kaffeeschank Karl Mischke, Dresden-Gorbitz Kesselsdorfer Straße 292



Die hochfeine 5 Pl. Zigarette CONFREIA (Konzernfrei)

MEHL T. BIENERT GRIESS

Reserviert 150 Steppdeckenfabrik Pledier & Hanitzsch

Max Schelbe Lubecker Straße 7 Kronprinzenstr. 51

Restaurant „Zur guten Quelle“ Inh. Erich Schneider

B. Fliegelmann Herrenkonfektion Kesselsdorfer Straße 15

„Café Pfeiffer“ Täglich Konzert

MAX HERZOG Kesselsdorfer Straße 19

Hausfrauen-Lohn-Wäscherei „PETTY“

Otto Naumann, Wallwitzstraße 48

Radio-Elektro-Drehstuhl

Gerhard Römer Saalhausener Straße 1

Paul Hempel Kesselsdorfer Str. 114

Möbelhaus Richard Schmieder

Drema A-G. Dresden Würzburger Straße 9

Kaufhaus Schwarz, Reibewitzer Str. 20

Ernst Stiller Kesselsdorfer Straße 74

West-Apotheke Freiburger Straße 180

Blumenhalle Gnauck Poststraße 21

Gustav Müller, Fischhandlung Reibewitzer Str. 19

Butterhandlung „Loreley“ Kesselsdorfer Straße 12

Hermann Herberg Reibewitzer Straße

Gasthof und Ballsaal Bürgergarten

Dresden-Cotta

ELEKTRO-MÜLLER Cussebänder Straße

Paul Horn Wild / Gellagel / Obst / Konserven

Herta Schulze, Steinbacher Str. 34

Stern-Drogerie Erich Hoffmann

Bruno Gräser, Cussebänder Str. 22

Arthur Thieme Cottaer Straße

Arthur Pieper, Uhrmacher

Gasthof „Stadt Dresden“

Drogerie Friedrich Haule

Paul Kießling

J. Schneider

Möbelhaus Hugo Liebig

Möbel aller Art

Restaurant zum Weidenthal

Turmhaus

Dresden-Friedrichstadt

Josef Müller's Restaurant

Kurt Petters

Lebensmittelgeschäft

H. Arweiler, Schäferstraße 56

Möbel-Fabrik

Bellevue

Dresden-Leubnitz

Damen- und Herren-Frisier

Kolonialwaren, Tabake

Holz- und Kohlenhandlung

Alfred Geibhardt

Max Braun, Fleischermeister

Fischhandlung

Kleine Anzeige große Wirkung

H. Kühnel

Dresden-Coschütz

Motor- und Fahrräder

O. Schwarze, Karlruher Str. 5

Möbel-Fabrik, Arthur Pleß

Willy Reissmann

Lebensmittel, Molkereiprodukte

Lebensmittel, Molkereiprodukte

Dresden

Dampfwaschanstalt

Bundesabzeichen

Hermann Aurich

Felix Vogel

Gaststätte „Dahem“

Gaststätte „Dahem“

Gaststätte „Dahem“

Gaststätte „Dahem“

Dresden-Striesen

Wilhelm-Brot

Tischlerei und Glaserer

Oswald Zschorn, Altenberger Str. 82

Schuhreparaturen

Sugo Schäfer

Hoffmann

Juch- und Delikatessenhandlung

Drogerie Alfred Keul

Rosen-Drogerie

Seefisch, Wild- und Geflügelhandlung

Glashütter Hof

Felix Vogel

Gaststätte „Dahem“

Gaststätte „Dahem“

Gaststätte „Dahem“

Dresden-Johannstadt

Tanzpalast Blumenstraße

Richard Müller

S. Sade, Elektrische Waagen

Dietze & Lehmann

Dresden-Blasewitz

Dampf-Wasch-Anstalt Blasewitz

Schuhhaus Carl Titze

Bäckerei und Konditorei

Dresden-Loschwitz

Gasthof zur Eule

Dresden-Seidnitz

Max Abmann

H. Fleißch und Burkmann

Kolonial- und Grünwaren

Dresden-Laubegast

Gasthaus Boigt • Bannwitz

Sonabend, Sonntag u. Montag, den 2., 3. u. 4. November

Zur Kirmes

Stimmliche Zerstreuung meiner neuhergestellten und hergerichteten
Kaffeehäuser / Bei Unterhaltung in belohnt erfolgt / Hierzu laden
ihre Freunde und Bekannte herzlich ein Kurt Boigt und Frau



Schallplatten

Alle Marken Große Auswahl

Grammophon-Werke, Schallplatten, Tonarme, Deckelstützen, Bänder zum Selbstbau von Apparaten

Sprechapparate • Nähmaschinen
Wringmaschinen

Keine Anzahlung Keine Wochenraten

Albin Forke

Freital-Po., Untere Dresdner Straße 87

Gasthof zum Löwen Pirna

Verkehrslokal der Arbeiterschaft / Vereinszimmer jederzeit zur Benutzung / Familienkabinen

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Ortsgruppe Heidesau-Dobau

Freitag, den 1. November 1929, 20 Uhr, im Saale der Festhalle in Heidesau-Dobau

Künstlerischer Vortragsabend

„Leben u. Gestalten der Alpen“

Lesung und bildliche Darstellungen von Peter Roszger, Ludwig Thoma und Rudolf Greiner
Vortragender: Intendant Friedrich Schillerndler
Friedr. Schillerndler, in Graz, der Hauptstadt der freien Steiermark aufgewachsen, ist einer der besten Vortragskünstler des süddeutschen, bayrischen Volkstheater

Beginn 19 Uhr / Beginn 20 Uhr
Eintritt 50 Pf. / Jarendliche und Jahreskarte 40 Pf.

Wo ist die beste und gemütlichste Einkehrstättchen? Bei Bernhard Hempe

Pirna, Schuhgasse
Gute Speisen und Bier / Verkauf von Rohfleisch im Laden / Prima Würstchen
Pflanzl. in Dresden-Leuben, Palmstraße und Neustädter Markthalle

Optiker Pochert

Fachgeschäft für Augengläser
Freital-Potschappel gegenüber dem Rathaus
Lieferant für Krankenkassen

Besitzt Du schon den neuen Liebkecht?

Das Fremd-wörterbuch des Arbeiters neu erschienen und erhältlich in der



Arbeiter-Buchhandlung
Viktoriastraße 21

Ziegen-, Kanin- und alle anderen Felle

kauft zu höchsten Preisen
Willy Reinecke
Pirna, Schuhgasse 14

Käse, Butter, Milch, und Quark, Milch, diese vier machen stark!

Gustav Schuster
Molkereiprodukte
Heidenau
Bahnhofstraße Nr. 36

Kauft gutes Mehl und gutes Brot

von Kleinmühlern
Dietzmühle Pirna-Jessen
• Niedertage werden nachgewiesen •

Die Peuvag druckt alles

Rudolf Stephan
Holz- und Rohlehandlung
Pirna-Göpl. Hauptstr. 15, Zuerst
Hierbei Holz und Rohle bei billiger Berechnung
trotz Haus / Ferner erhalte ich meine
Kunden für die Herstellung von Rahmentüren

Sonabend Wieder-Eröffnung uns. Abteilung

Haus- und Küchengeräte!

Gleichzeitig veranstalten wir einen Serien-Verkauf

50 95 195 295 395

Es liegt in Ihrem Interesse, uns zu besuchen!

Albert Langer Jr. E. Rohr, Nachf., Pirna, Dohnasche Straße 2



Bohnen-Kaffee

5 Sorten in Bestleistungen

- Mischung Ia 4.80 je Pfd.
- Mischung I 4.40 je Pfd.
- Mischung II 3.80 je Pfd.
- Mischung III 3.20 je Pfd.
- Perlmischung 4.40 je Pfd.

Konsumverein

VORWÄRTS

Warenabgabe nur an Mitglieder

Kauft bei den Inserenten

DER FALL SONJA PETROWA Abtreibung



Das große russische Sexualfilmwerk vom Glück und Leid der Liebe läuft am Freitag dem 1. November 1929, und Sonntag dem 2. November 1929, mit populär-wissenschaftlichen Einleitungs-Vorträgen in Nachtvorstellungen gleichzeitig in:

- Capitol, Prager Straße 21 11⁰⁰ Uhr
- Schauburg, Dresden-Nordstadt, Schönbrunnstr. 17/18 10³⁰ Uhr
- M.S.-Lichtspiele, Marktstraße 16 11⁰⁰ Uhr
- Westend-Theater, Kesselsdorfstr. 20 11⁰⁰ Uhr
- Volks-Lichtspiele, Pirnaerstraße 29 11⁰⁰ Uhr
- Regina-Lichtspiele, Auguststraße 12 11⁰⁰ Uhr
- V.O.-Lichtspiele, im Volkshaus, Pirnaerstraße 73, am Sonnabend, 2., u. Sonntag, 3. Nov. 6, 7⁰⁰ und 9 Uhr abends

Kein Mensch umspricht hier die wichtige Thema und beleuchtet mit staunenswerter Verknüpfung den Begriff der Liebe vor und in der Ehe. Mutter und Mutter werden - Veränderung der Liebe, Glück und Leid der Liebe. Trotz des 5. 25. des 11. Abtreibung erzählt man in Deutschland ca. 80000 Abtreibungen - dieses aktuelle soziale Problem, das unser ganzes Volk bewegt, wird in diesem Filmwerk mit wissenschaftlicher Reife behandelt.
Die Mutter, ihr Tochter, aber auch ihr Mörder! Der Fall Sonja Petrowa ist der erschütternde Treibball einer Urwissenheit, die das höchste Ungeschick aller Völker ist, es kommt und geht, ein Mann und eine Frau, es ist ein Filmwerk, das für Euch geschaffen wurde. Welche Frau, welche Mutter hat dieses bittere Leid noch nicht empfunden? • Sieben Sie sind der große Nachtrag wegen Karten im Vorverkauf

Mäntel

für Damen und Herren, moderne Muster pa. Qualitäten, fabelhaft niedrige Preise

W. JURMANN

Pirna, Markt 14, Schössergasse 1